

STELLENMELDEPFLICHT - Der Verband Schweizer Personaldienstleister swissstaffing und der Schweizerische Gewerbeverband sgv ziehen Bilanz.

Kompromiss statt Papiertiger

Seit einem halben Jahr gilt die Stellenmeldepflicht. Zeit für eine erste Bilanz. Über 650 Geschäftsführende und Personalverantwortliche hat das Markt- und Sozialforschungsinstitut gfs-zürich im Auftrag von swissstaffing und dem Schweizerischen Gewerbeverband sgv befragt. Gemäss der Umfrage sind 39 Prozent der Unternehmen aufgrund der auszu-schreibenden Stellenprofile in grossem Umfang von der Stellenmeldepflicht betroffen. Knapp ein Viertel fühlt sich durch die Meldepflicht stark in der Rekrutierung eingeschränkt. In der Gruppe der Betroffenen ist der Druck besonders gross: Fast jeder zweite spricht von einer starken Einschränkung.

Zwar mehr Aufwand..

Für die politisch Verantwortlichen in Bern ist dies eine wichtige Botschaft. Eine weiter zunehmende Belastung der Wirtschaft ist durch die Stellenmeldepflicht absehbar (vgl. *Haupttext*). Erstens sind ab 2020 Berufe mit einer Arbeitslosenquote über 5 Prozent meldepflichtig. Bis dahin liegt die Schwelle bei 8 Prozent. Zweitens wird das Kontrollsystem zur Durchsetzung der Stellenmeldepflicht nach und nach eingeführt und kantonal unterschiedlich

geregelt. Administrativer Mehraufwand und Doppelspurigkeiten bei der Kontrolle sind nahezu unvermeidbar. Drittens droht im Fall einer konjunkturellen Schwächephase die Zahl der meldepflichtigen Berufe stark anzusteigen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden RAV und Wirtschaft zusätzlich belastet.

In der Umfrage wurden die Unternehmen zum gesamten Prozess der Stellenmeldung befragt. Der Fokus von Bund und Kantonen auf die ersten Schritte der Meldung hat sich bezahlt gemacht. Knapp 80 Prozent der Personalverantwortlichen empfinden die Prüfung einer Unterstellung und den Meldeprozess als einfach. Auch die schnelle Aufschaltung der Stellen im Jobroom - relevant für die mit der Meldung verbundenen Fristigkeiten - überzeugt 80 Prozent der Befragten. Kritik üben die Personalverantwortlichen in einer offenen Frage an uneinheitlichen Definitionen meldepflichtiger Berufe, dem geeigneten Umgang mit englischsprachigen Jobtiteln sowie am Aufwand allgemein.

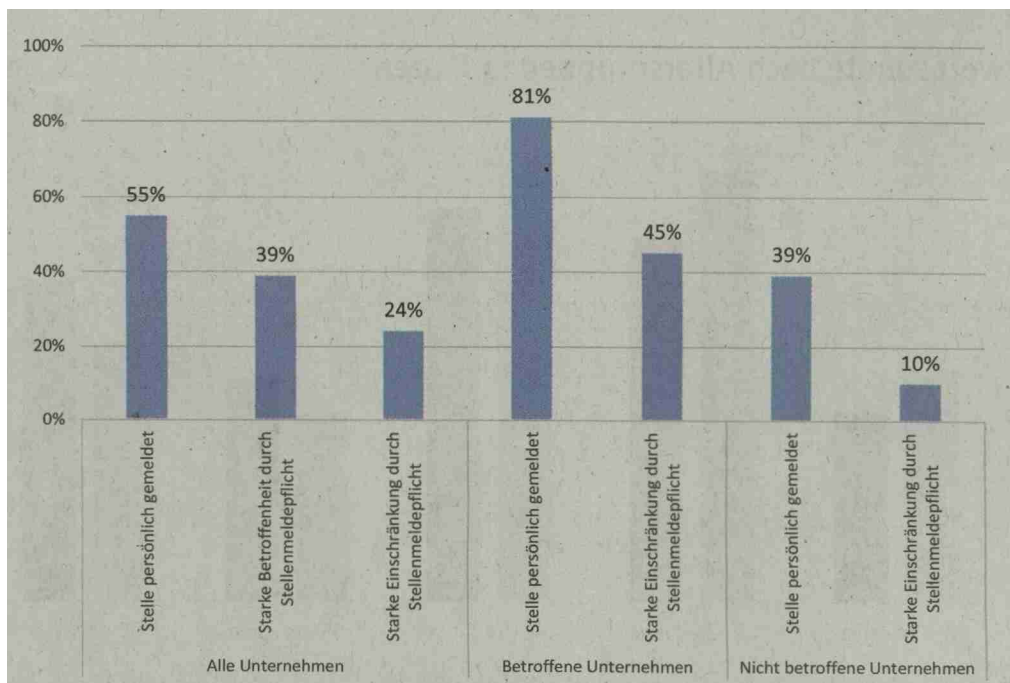
...aber auch mehr Qualität?

Grossen Nachholbedarf gibt es bei der Bearbeitung der eingehenden

Stellenmeldungen durch die RAV. Immerhin 57 Prozent der Befragten erhielten die versprochenen Kandidatenvorschläge innert dreier Tage. Jedoch beurteilten nur 31 Prozent der befragten Unternehmen die Qualität der Vorschläge als gut. Diese Ergebnisse zeigen: Bis 2020 stehen Bund und Kantone in der Bringschuld. Eine weitere Belastung der Wirtschaft durch eine ausgedehnte Meldepflicht ist nur angezeigt, wenn Unternehmen nach einer Meldung auch Dossiers in guter Qualität erwarten dürfen.

Die Umfrage zeigt auch: Gute Arbeit wird von der Wirtschaft wahrgenommen und gewürdigt. Empfinden Personalverantwortliche den Meldeprozess als komplex, sehen sich gut 70 Prozent der Befragten durch die Stellenmeldepflicht eingeschränkt. Wird der Prozess als einfach empfunden, sinkt die Rate auf 34 Prozent. Wirtschaft, Bund und Kantone können durch gemeinsame Anstrengung dafür Sorge tragen, dass aus der Stellenmeldepflicht kein Papiertiger wird, sondern ein wirtschaftsfreundlich umgesetzter Schweizer Kompromiss. Die Bereitschaft zu einem ergebnisoffenen Dialog ist dafür Voraussetzung.

Marius Osterfeld, swissstaffing



Bemerkungen: Die Grafik zeigt den Anteil der Befragten, die persönlich bereits eine Stelle gemeldet haben, und inwieweit die Befragten ihr Unternehmen durch die Stellenmeldepflicht stark betroffen bzw. eingeschränkt fühlen.

Bild: swissstaffing